

Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung

Diese Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung der lebendigen Heike, Weib aus der Familie Werding (nach handelsrechtlichem BGB1900) und ihrer Marken gelten für jegliche, handelsrechtliche, kommerzielle Beziehung zwischen dem Herausgeber und dem jeweiligen Anbieter, Vertragspartner, Stelle in der Öffentlichkeit. Diese Allgemeinen Handelsbedingungen mit ihrer Gebührenordnung sind auf dem Stand vom vierten Tag im achten Monat im Jahr zweitausendsechzehn. Alle vorherigen Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnungen verlieren mit Erstellung dieser Ihre Gültigkeit.

1 Herausgeber

Diese „Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung“ wird von Heike (im Weiteren Herausgeber/Herausgeberin genannt), Frau aus der Familie Werding, herausgegeben. Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung (Im Folgenden auch AHuG genannt) sind untrennbar miteinander verbunden und stellen ein einheitliches Vertragswerk dar.

2 Geltungsbereich

Territorial sind diese „Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung“ weltweit gültig. Administrativ sind diese „Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung“ für alle Kaufleute, Personen und sonstigen kommerziellen Einheiten gültig, welche mit dem Herausgeber in einer kommerziellen Beziehung stehen, eine solche beginnen, beenden, ablehnen oder negieren, dass eine solche bestanden hatte, sei es auch nur durch die Ablehnung eines Angebotes oder die Verweigerung der Annahme dieser Bedingungen (siehe Punkt Entehrungen in diesen AHuG). Diese AHuG sind für alle handelsrechtlichen und/oder kommerziellen Beziehungen mit dem Herausgeber gültig, unabhängig davon, ob jemand von diesen „AHuG“ gewusst hat oder nicht.

3 Gerichtsstand, Erfüllungsort und anwendbares Recht

Soweit nichts anderes zwischen dem Herausgeber und der/den anderen Parteien vereinbart ist, gilt als Gerichtsstand und Erfüllungsort Höchstes Gericht GdVuSt, Berlin. Es gilt das internationale Handelsrecht (Kommerzielles Recht). Es gilt die Tatsache: Alles Recht ist Vertrag. Als nachrangiges vereinbartes Recht gelten die Reichsverfassung von 1871, das HGB/ Kaufmannsrecht von 1955, für dipl. Kaufmann /frau und Steuerberater HGB/ Kaufmannsrecht von 1893. Der Herausgeber kann sich jederzeit und in jedem Fall auf den §119BGB von 1896 berufen, macht er davon Gebrauch, so geht §119BGB von 1896 jedem anderen Gesetz vor.

4 Fristen

Alle Fristen gegen den Herausgeber beginnen frühestens erst nach seiner tatsächlichen Anwesenheit am jeweiligen Zustellort (Immobilie) zu laufen. Sowohl Krankentage als auch Urlaubstage gelten als ortsabwesend und sind als Zustellungstage oder Tage an dem Fristen laufen ausgeschlossen. Im Urlaubsfall gelten An- und Abreisetage als ganze Urlaubstage. Zum Nachweis der Krankentage genügt eine Erklärung des Herausgebers. Fristen von hundertsechzig Stunden oder weniger sind gegenüber dem Herausgeber in jedem Fall unwirksam.

5 Grundsätze

Für alle Verträge gelten die folgenden Grundsätze: Das Fundament des Gesetzes und Handels ist im Sprechen der Wahrheit, der ganzen Wahrheit, und nichts als der Wahrheit. Die Wahrheit als ein gültiger Ausdruck der Realität ist souverän im Handel und Kommerz. Eine unwiderlegte und beedete Erklärung gilt als Wahrheit im Handel und Kommerz. Eine unwiderlegte und beedete Erklärung steht als das Urteil im Handel und Kommerz. Alle Personen sollen ein garantiertes Rechtsmittel durch den festgeschriebenen Kurs des Gesetzes haben. Wenn ein Rechtsmittel nicht existiert, oder wenn das vorhandene Rechtsmittel unterwandert oder sinnentleert ist, dann muss man aus Notwendigkeit ein Rechtsmittel in seinem Sinne schaffen, welches mit der Glaubwürdigkeit der eigenen Erklärung unter Eid unterlegt ist. Ein Gesetz zu ignorieren könnte entschuldigt werden, aber es ist kein gültiger Grund für das Begehen eines Verbrechens, wenn das Gesetz für Jedermann leicht zugänglich ist, der eine angemessene Anstrengung unternimmt, sich über jene Gesetze zu informieren. Das ganze Corporate Gouvernment basiert auf kommerziellen und beedeten Erklärungen, kommerziellen Versicherungen, kommerziellen Pfandrechten und kommerzieller Notwendigkeit (engl.: commercial distress), folglich haben Regierungen keine delegierten Rechte, kommerzielle Prozesse aufzuheben. Die rechtmäßige politische Macht eines Firmenobjekts ist unbedingt von dessen Besitz einer kommerziellen Versicherung gegen öffentlichen Schaden abhängig, denn es gilt: Keine Versicherung - keine Verantwortung, welches gleichzusetzen ist mit der Ungültigkeit einer offiziellen Unterschrift, was gleichzusetzen ist mit dem Fehlen einer wirklichen politischen Macht des Firmenobjekts, was gleichzusetzen ist mit dem Fehlen von delegierten Rechten nach Statuten als Firmenstütze zu arbeiten. Die rechtliche Macht der Firma ist den kommerziellen Bürgen untergeordnet. Rechtsprechung ist kein geeigneter Ersatz für eine Versicherung (engl.: bond). Kommunale Firmen, die Städte, Landkreise, Bezirksregierungen, Staaten und nationalen Verwaltungen haben keine kommerzielle Realität ohne eine Versicherung ihrer selbst, ihrer Gesetze und der Effekte dieser Gesetze.

6 Freier Wille und freier Weg

Der freie Wille und der freie Weg des Herausgebers ist immer gewährleistet. Dies gilt im Besonderen auch für die Ein- und Ausreise aus/nach/in Deutschland und aus/nach/in die BRD. Das Brechen und Unterbrechen des freien Willens und/oder des freien Weges des Herausgebers, unabhängig von der jeweiligen Form der Unterbrechung (sei es z.B. durch Ankündigung von Zwang, Übeln oder gar Gefahr für den Körper oder das Leben, das

Ausüben von Zugzwang auf die Herausgeberin, Verwaltungsakte gegen den Willen der Herausgeberin oder ihrer Familie, etc.) gilt als schwere Entehrung und Entrechtung des Menschen (des Herausgebers), sofern keine direkte, konkrete und unmittelbare Gefahr gegen andere Menschen durch den Herausgeber zweifelsfrei, direkt und beweisbar ausgeübt wurde.

7 Unverletzlichkeit der Familie und der Menschen

Die Familie des Herausgebers und die lebendigen Menschen der Familie des Herausgebers sind unverletzlich. Ihrem freien Willen ist immer zu gewähren, solange diese keinen konkreten, nachweislichen Schaden an anderen Menschen verursachen. Kinder sind immer bei Ihren Eltern zu belassen. Kinder genießen bis zur Vollendung ihres einundzwanzigsten Lebensjahres besonderen Schutz; hier im einzelnen Schutz vor Deliktfähigkeit, Schuldfähigkeit und Strafmündigkeit in der Öffentlichkeit.

8 Kaufleute

Kaufleute im Sinne dieser AHuG sind die jeweiligen, einzeln handelnden Lebendigen Menschen. Im Falle von Stellen in der Öffentlichkeit sind die Kaufleute (Prinzipale) im Sinne dieser Allgemeinen Handelsbedingungen die Inhaber der Weisungsbefugnis, der Kommandogewalt bzw. in Situationen mit der Exekutive die jeweiligen Führer der Gruppe(n). Grundsätzlich ist der jeweilige Behördenleiter, Vorstand einer AG, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, etc. im Sinne dieser Allgemeinen Handelsbedingungen als die verantwortliche Kauffrau (analog der verantwortliche Kaufmann, die verantwortlichen Kaufleute) anzusehen; die jeweilige Stelle in der Öffentlichkeit und die sie leitenden Personen sind Gesamtschuldner. Selbständige Einheiten wie zum Beispiel selbständige Inkassobüros, Gerichtsvollzieher, Anwälte, etc. gelten im Sinne dieser Allgemeinen Handelsbedingungen als eigenverantwortliche Kaufleute. Deren beauftragende Stelle gilt als zusätzlicher Kaufmann; in solch einem Falle werden die Punkte der Gebührenordnung pro Vorfall und pro Kaufmann valuiert. Richter und Staatsanwälte gelten neben Ihren Behördenleitern als eigenständiger Kaufmann im Sinne dieser Allgemeinen Handelsbedingungen. Die Kaufleute treten im Sinne dieser Allgemeinen Handelsbedingungen als Gesamtschuldner auf.

9 Unterschrift und Identität

Die Identität der Verfasserin/ des Verfassers der jeweiligen Korrespondenz muss eindeutig aus dieser hervorgehen. Hierzu gehören die Nennung von Vornamen und Familiennamen als auch die vollständige, eigenhändige und leserliche Unterschrift der Verfasserin/ des Verfassers. Schreiben, welche den Herausgeber erreichen und keine oder nur unleserliche oder unvollständige Unterschrift(en) tragen, werden zum einen gemäß dieser Allgemeinen Handelsbedingungen akzeptiert und zwischen dem Herausgeber und der/den anderen Partei/en so angesehen, als ob diese direkt vom Kaufmann (hier auch Vorsteher einer Behörde, Leiter, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, Verantwortlichen, Vorstand, etc.) selbst eigenhändig, leserlich und vollständig unterschrieben wurden. Dies gilt nicht für Schreiben, in welchen sich der richterliche Wille ausdrücken muss (wie zum Beispiel in Urteilen, Beschlüssen, Verfügungen, Haft- oder Räumungsbefehlen, etc.). Hier ist/sind zur Akzeptanz vollständige, lesbare Unterschrift(en) mit Vornamen und Familiennamen erforderlich.

10 Auskunftspflicht, Amtspflicht

Die Auskunftspflicht / Amtspflicht beinhaltet auch die vollumfängliche, eindeutige und nachweisbare Benennung von Normen und sonstigen Vorschriften nach denen Stellen in der Öffentlichkeit vorgeben zu handeln. Verweigert die betreffende Stelle die schriftliche Benennung dieser Normen und/ oder Vorschriften und den jeweiligen schriftlichen Nachweis über das ordnungsgemäße, rechtsgültige Zustandekommen der jeweiligen Norm / Vorschrift zum Zeitpunkt der Ankündigung und/oder Durchführung der jeweiligen Handlung gilt die Leistungspflicht gemäß der hier beinhalteten Gebührenordnung der Stelle in der Öffentlichkeit.

11 Handeln von Stellen in der Öffentlichkeit

Jeder Stelle in der Öffentlichkeit, welche für sich in Anspruch nimmt sogenannte hoheitliche Akte vollziehen zu dürfen, hat sich zweifelsfrei als solche zu legitimieren. Dasselbe gilt für deren Bedienstete. Staatliche Ämter stellen Amtsausweise für ihre Mitarbeiter (Amtspersonen) aus. Dienstaussweise gelten als Beweis der Widerspiegelung von Privatinteressen und/ oder Interessen von kommerziellen Einheiten und/ oder verschuldeten Konstrukten und als Beweis des Fehlens staatlichen und souveränen Handelns. Auf Anfrage müssen Stellen in der Öffentlichkeit das Original und/ oder die notariell beglaubigte Kopie der staatlichen Rechtsvorschriften vorlegen, auf welche sich diese in Ihrer Korrespondenz und in Ihrem Handeln beziehen. Ein Legitimationsnachweis über die Zulassung /Beurkundungsberechtigung des beglaubigten Notars ist immer beizufügen.

Begehren Stellen der Öffentlichkeit mit dem Herausgeber Termine, so sind diese mit einer Mindestzeitspanne von 14 Tagen dem Herausgeber vorher schriftlich mitzuteilen, anzugeben sind gleichzeitig das Ziel/der Zweck, die Rechtsgrundlage des Termins und die beim Termin anwesenden Amtsvertreter mit Vornamen, Familiennamen, Amtsstellung. Werden diese Termine

Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung

Diese Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung der lebendigen Heike, Weib aus der Familie Werdung (nach handelsrechtlichem BGB1900) und ihrer Marken gelten für jegliche, handelsrechtliche, kommerzielle Beziehung zwischen dem Herausgeber und dem jeweiligen Anbieter, Vertragspartner, Stelle in der Öffentlichkeit. Diese Allgemeinen Handelsbedingungen mit ihrer Gebührenordnung sind auf dem Stand vom vierten Tag im achten Monat im Jahr zweitausendsechzehn. Alle vorherigen Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnungen verlieren mit Erstellung dieser Ihre Gültigkeit.

von den Stellen der Öffentlichkeit dann unentschuldig nicht wahrgenommen, so sind dem Herausgeber die ihm entstandenen Kosten und Kosten für ggf. vom Herausgeber eingeladenen Zeugen vollständig zu ersetzen zzgl. einer Vertragsstrafe in Höhe des 5fachen der entstandenen Kosten. Dem Herausgeber steht das Recht der Terminverlegung bis 24 Stunden vor dem durch Stellen der Öffentlichkeit anberaumten Termin zu.

12 Kommunikation mit und Forderung von Stellen in der Öffentlichkeit

Die Kommunikation mit Stellen in der Öffentlichkeit geschieht vollständig nach dem Grundsatz: Engl.: Notice to agent is notice to principle, notice to principle is notice to agent („übersetzt“: Eine Mitteilung an den Agenten/Vertreter bedeutet/ ist gleichzusetzen mit einer Mitteilung an den Prinzipal/Chef, eine Mitteilung an den Prinzipal/Chef bedeutet/ ist gleichzusetzen mit einer Mitteilung an den Agenten/Vertreter). Der Herausgeber verweist bezüglich möglicher Forderungen von Stellen in der Öffentlichkeit auf seine Willenserklärungen. Sollten Stellen in der Öffentlichkeit den Versuch unternehmen gegen den freien Willen des Herausgebers oder ihn selbst zu verletzen, gilt dies als unwiderrufliche und absolute Zustimmung der Stelle, welche die Verletzung herbeigeführt hat oder dieses ankündigte, in a) ein sofortiges, kommerzielles Pfandrecht, b) die Veröffentlichung der Notiz über dieses Pfandrecht und c) die Liquidation des Pfandrechts auf eine durch den Herausgeber frei bestimmbare Weise. Dies gilt auch für die lebendigen Menschen in voller, kommerzieller, unbegrenzter Haftung (und für die Personen gleichlautenden Namens), welche im Namen der Stelle in der Öffentlichkeit vorgaben zu handeln.

13 Annahme von Angeboten

Der Herausgeber behält sich vor, Angebote anzunehmen. In einem solchen Fall sichert die andere Vertragspartei die Vertragsleistung auch nach einer konditionierten Akzeptanz des Herausgebers entsprechend, ordnungsgemäß und innerhalb der jeweiligen und unwiderruflichen Frist zu.

14 Vertragstreue

Es gilt der (lateinische) Rechtsgrundsatz pacta sunt servanda; Verträge sind einzuhalten. Entsprechend ist die jeweilige Vertragsleistung zu erbringen. Im Falle der Akzeptanz durch den Herausgeber gilt jegliche Kontroverse als erledigt; hierdurch ist jegliche öffentliche Gerichtsbarkeit ausgeschlossen. Die Anwendung, Initiierung oder Ankündigung unlauterer Mittel zur Abwendung seiner vertragsgemäßen Leistung(en) gilt unter den Vertragsparteien als ausgeschlossen und untersagt. Hierunter fallen auch sog. Strafanzeigen gegen den Herausgeber und seine Beschäftigten auf Grund des Erstellens und Zustellens von Rechnungen, Mahnungen oder sonstigen kommerziellen Papieren im Rahmen eines Vertrages zwischen den Parteien.

15 Treuhand

Dem Herausgeber ist es erlaubt die Treuhand für die Person HEIKE WERDUNG für einzelne Sach- und Themengebiete auf andere Personen und/oder lebendige Menschen zu übertragen. Eine Ablehnung dieser Übertragung der Treuhand gilt als Bruch der Treuhand gemäß dieser Allgemeinen Handelsbedingungen.

16 Unwissenheit

Die mit dem Herausgeber in Beziehung stehenden Parteien verzichten unwiderruflich und absolut auf eine Berufung auf Unwissenheit – besonders im Bezug auf handelsrechtliche, seerechtliche, vertragsrechtliche oder admiralitätsrechtliche Formen und Konsequenzen.

17 Entehrungen

Als Entehrung gilt jegliches unehrenhafte Verhalten einer Partei gegenüber dem Herausgeber. Im Besonderen gilt dies für: Bruch des Vertrages, aktiv oder passiv verweigerte Auskunft von Stellen in der Öffentlichkeit, aktives oder passives Verschweigen von Vertragsdetails oder Anhangsverträgen, Unfreiwillige Dienstbarkeit, Vollstreckungen auf Grund nicht staatlich ordnungsgemäß zu Stande gekommener Gesetze, Anwendung ungültiger oder nichtiger oder rechts- oder verfassungswidriger Gesetze, rechtswidriges Zurückweisen von Wertpapieren des Herausgebers, Durchführung von hoheitlichen Akten ohne die zweifelsfreie Berechtigung durch den ursprünglichen Souverän (das jeweilige Volk) nachzuweisen, Anwendung oder Ankündigung unlauterer Mittel zur Abwendung seiner vertragsgemäßen Leistung, Bruch der Treuhand, Transfer der

Treuhandschaft für die Person / den lebendigen Menschen mit gleichem Namen wie der Herausgeber oder der Versuch hierzu ohne explizites Benennen dieses Vorganges als solchen, etc.. Als Entehrung gelten auch in der Öffentlichkeit zu Lasten des Herausgebers oder seiner Familie hervorgebrachte Äußerungen (wie z. Bsp. Betitelung des Herausgebers als Nazi, sogenannter Reichsbürger, Reichsdeutscher, rechtsextrem, Herabwürdigungen jeglicher Art). Eine Entehrung gilt als unwiderrufliche und absolute Zustimmung des jeweiligen Angebots- bzw. Vertragspartners des Herausgebers zum zehnfachen Schadensersatz – mindestens jedoch zu einhundertfünfzigtausend Euro oder vorzugsweise in Gold oder Silber des Gewichtes der Kursstellung Euro/Gold/Silber vom Tages des Standes dieser AHuG pro Einzelfall und Position.

18 Gebührenordnung

Es gilt die Gebührenordnung des Herausgebers für die darin enthaltenen Entehrungen und Sachverhalte als verbindlich, explizit, unwiderruflich und absolut zwischen den Parteien als vereinbart, solange von dem Herausgeber im Einzelfall nichts anderes festgesetzt wurde. Die Festsetzung ist bereits jetzt durch die Angebots- und/oder Vertragspartner für diesen Fall anerkannt. Für die Prinzipale (Kaufleute, Geschäftsführer, Geschäftsstellenleiter etc.) ist die Berechnung im Punkt „Kaufleute“ geregelt, die Gebühren für die Prinzipale fallen zusätzlich zu den Gebühren der für sie tätigen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen an. Für die Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen fallen die Beträge pro Person, lebendigen Menschen und Vorfälle an. Im Falle der Beauftragung eines Kaufmannes durch einen anderen, erhalten beide Kaufleute und ihre Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen die jeweiligen Positionen der Gebührenordnung berechnet. Die berechneten Leistungen sind sofort fällig und an den Herausgeber in Gold oder Silber zu leisten.

19 Leistungspflicht

Die Vertragspartei gibt ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zur Leistungspflicht in Gold oder Silber des Gewichtes der Kursstellung Euro/Gold/Silber vom Tages des Standes dieser AHUG an den Herausgeber gemäß der hier integrierten Gebührenordnung im Falle eines Verstoßes gegen die Allgemeinen Handelsbedingungen. Konvertierungskosten sowie sonstige Kosten der Leistung der Vertragspflicht, trägt die leistende Vertragspartei.

20 Verzug

Der Verzug für, von der Herausgeberin berechnete Positionen dieser AHUG, tritt automatisch einen Tag nach Fälligkeit der Rechnung ein, so lange wie von der Herausgeberin im Einzelfall nichts Abweichendes festgelegt wurde.

21 Untersagungen

Es gilt zwischen den Parteien als untersagt, Korrespondenz und sonstige Vertragsbestandteile, welche in einer Weise als privat und vertraulich und/oder nicht für das öffentliche Protokoll gekennzeichnet wurden, in die Öffentlichkeit zu tragen. Eine Verletzung dieser Untersagung ist eine unheilbare Entehrung. Die Klage in der Öffentlichkeit für einen privaten Anspruch, eine private Forderung ist zwischen den Parteien gestattet.

22 Bevollmächtigungen

Der Herausgeber beauftragt fallweise auch Dritte freie Mitarbeiter, freie Rechtsvertreter, Beistände, Rechtsbeistände, Anwälte oder Beauftragte. Die Beauftragung bzw. Bevollmächtigung ist nachzuweisen. Eine Abweisung oder Zurückweisung der Vertreterschaft des Herausgebers gilt zwischen den Vertragsparteien als Entehrung und begründet die unwiderrufliche und absolute Zustimmung zur Leistungspflicht der anderen Vertragspartei. Analog gilt dies für den Fall der Abweisung / Zurückweisung von Bevollmächtigten und/oder Beauftragten des Herausgebers.

23 Diskriminierung, Rassismus und politische Verfolgung

Jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus gegen den Herausgeber oder die politischer Verfolgung des Herausgebers durch die andere Vertragspartei wird durch die Parteien absolut und unwiderruflich ausgeschlossen. Ein Verstoß hiergegen stellt eine unheilbare Entehrung dar. Die Zurechnung und/oder gar Ausgrenzung des Herausgebers zu sog. politischen Gruppen oder Bewegungen, ohne zweifelsfreie und nachvollziehbare Beweise zu präsentieren gilt als Diskriminierung und/oder politische Verfolgung innerhalb dieser Allgemeinen Handelsbedingungen.

Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung

Diese Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung der lebendigen Heike, Weib aus der Familie Werding (nach handelsrechtlichem BGB1900) und ihrer Marken gelten für jegliche, handelsrechtliche, kommerzielle Beziehung zwischen dem Herausgeber und dem jeweiligen Anbieter, Vertragspartner, Stelle in der Öffentlichkeit. Diese Allgemeinen Handelsbedingungen mit ihrer Gebührenordnung sind auf dem Stand vom vierten Tag im achten Monat im Jahr zweitausendsechzehn. Alle vorherigen Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnungen verlieren mit Erstellung dieser Ihre Gültigkeit.

Gebührenordnung in Euro aber zahlbar in Gold oder Silber des Gewichtes der Kursstellung Euro/Gold/Silber vom Tages des Standes dieser Allgemeinen Handelsbedingungen

Position	Sache / Tatbestand	Je Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe (Agent)	Je Kaufmann (Prinzipal)
1	Behinderung des freien Weges / der freien Fahrt (gemäß Punkt 6 der Allg. Handelsbedingungen)	500 € pauschal	1.000 € pauschal
2	Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen den Herausgeber.	3.000 € pauschal	10.000 € pauschal
3	Fehlende, nicht eigenhändige oder unvollständige Unterschrift (gemäß Punkt 9 der Allg. Handelsbedingungen)	100 € pauschal	2.000 € pauschal
4	Missachtung der Ausweispflicht durch in der Öffentlichkeit handelnde Personen zu Lasten des Herausgebers.	500 € pauschal	1.000 € pauschal
5	Missachtung der öffentlichen Auskunftspflicht / Amtspflicht zu Lasten des Herausgebers .	1.000 € pauschal	2.000 € pauschal
6	Bearbeitungsgebühren für Nötigungen zu Schreiben und Antworten aufgrund rechtswidriger, formal und inhaltlich falscher Zustellungen u.a. auch Schreiben für Verwarnungen, Ordnungsgelder, Gebühren etc., Annahme von Angeboten jeglicher Art.	300.- € pauschal plus 10 facher Satz der Forderung oder des Preises	600.- € pauschal plus 10 facher Satz der Forderung oder des Preises
7	Unwirksame „Inlands-Zustellung“ zu Lasten des Herausgebers.	500 € pauschal	1.000 € pauschal
8	Tragen von Dokumenten (die durch den Herausgeber erstellt wurden) in die Öffentlichkeit, welche als „privat“, „streng privat und vertraulich“ oder „nicht für das öffentliche Protokoll“ gekennzeichnet wurden.	500 € pauschal	1.000 € pauschal
9	Übergehen / Ignorieren einer Patientenverfügung	50.000 € pauschal	500.000 € pauschal
10	Unfreiwillige Dienstbarkeit zu Lasten des Herausgebers..	5.000 € pauschal	10.000 € pauschal
11	Rechtswidriges Zurückweisen (auch Verweigerungen von Annahmen) von Wertpapieren oder Erklärungen unter Eid die durch den Herausgeber präsentiert wurden.	100.000 € pauschal	1.500.000 € pauschal
12	Einbehalten / Zurückbehalten von Wertpapieren, unter gleichzeitiger Weigerung das entsprechende Konto auszugleichen zu Lasten des Herausgebers.	100.000 € pauschal	1.500.000 € pauschal
13	Inkasso gegen den Herausgeber ohne nachgewiesenen, originären Schuldtitel.	50.000 € mindestens	200.000 € mindestens
14	Verpflichtung und/oder Ausübung von Zugzwang zu einer ärztlichen und/oder psychiatrischen Untersuchung zu Lasten des Herausgebers.	100.000 € pauschal	2.000.000 € pauschal
15	Vertragsbruch durch öffentliche Stellen und/oder öffentliche Personen zu Lasten des Herausgebers	100.000 € pauschal	2.000.000 € mindestens
16	Personenstandfälschung zu Lasten des Herausgebers.	100.000 € pauschal	1.000.000 € pauschal
17	Diskriminierung oder Rassismus zu Lasten des Herausgebers	100.000 € pauschal	1.000.000 € pauschal
18	Politische Verfolgung des Herausgebers	100.000 € pauschal	1.000.000 € pauschal
19	Der „Nazi-Zuschlag“: Anwendung von Normen und sonstigen Vorschriften mit einer nationalsozialistischen Entstehungsgeschichte (auch analog Artikel 139 GG) zu Lasten des Herausgebers. Eingeschlossen sind Titulierung als sogenannter Reichsbürger oder Reichsdeutscher.	Zzgl. 30,00% der ursprünglichen Summe der Gesamtrechnung auf Basis dieser Gebührenordnung, jedoch mindestens 50.000 €	Zzgl. 30,00% der ursprünglichen Summe der Gesamtrechnung auf Basis dieser Gebührenordnung, jedoch mindestens 250.000 €
20	Öffentliche Führung von Berufsbezeichnungen mit nationalsozialistischer Entstehungs- und/oder Einführungs-geschichte – oder die Unterstellung der Führung einer solchen Bezeichnung gegen den Herausgeber.	75.000 € pauschal	500.000 € pauschal
21	Anwendung ungültiger oder nichtiger oder rechts- oder verfassungswidriger Gesetze zu Lasten des Herausgebers.	250.000 € pauschal	1.000.000 € pauschal
22	Selbsttitulierung, Schaffung von Vollstreckungstiteln ohne Verhandlung vor einem staatlichen Gericht zu Lasten des Herausgebers oder zu Lasten eines Familienmitgliedes, Lebenspartners oder der Wohngemeinschaft des Herausgebers	250.000 € pauschal	3.000.000 € pauschal
23	Veranlassung zur Eintragung von Zwangssicherungshypotheken im Grundbuch zu Lasten des Herausgebers oder zu Lasten eines Familienmitgliedes, Lebenspartners oder der Wohngemeinschaft des Herausgebers.	250.000 € pauschal	3.000.000 € pauschal

Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung

Diese Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung der lebendigen Heike, Weib aus der Familie Werding (nach handelsrechtlichem BGB1900) und ihrer Marken gelten für jegliche, handelsrechtliche, kommerzielle Beziehung zwischen dem Herausgeber und dem jeweiligen Anbieter, Vertragspartner, Stelle in der Öffentlichkeit. Diese Allgemeinen Handelsbedingungen mit ihrer Gebührenordnung sind auf dem Stand vom vierten Tag im achten Monat im Jahr zweitausendsechzehn. Alle vorherigen Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnungen verlieren mit Erstellung dieser Ihre Gültigkeit.

Position	Sache / Tatbestand	Je Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe (Agent)	Je Kaufmann (Prinzipal)
24	Eintragung von Zwangssicherungshypotheken im Grundbuch ohne Urteil eines staatlichen Richters zu Lasten des Herausgebers oder zu Lasten eines Familienmitgliedes, Lebenspartners oder Wohngemeinschaft d. Herausgebers.	250.000 € pauschal	3.000.000 € pauschal
25	Anwendung von Normen und sonstigen Vorschriften zu Lasten des Herausgebers, deren Gültigkeit auf Nachfrage nicht durch Vorlage des Originals oder der notariell beglaubigten Kopie der benannten Norm vorgelegt bzw. nachgewiesen wurden.	250.000 € pauschal	3.000.000 € pauschal
26	Vollstreckungen zu Lasten des Herausgebers auf Grund nicht staatlich ordnungsgemäß zu Stande gekommener Gesetze.	250.000 € pauschal	1.000.000 € pauschal
27	Durchführen von Maßnahmen unter Zwang zu Lasten des Herausgebers (z.B. Pfändungen, Kontopfändungen, Strafen, Beitragsrechnungen, etc.) ohne zu hoheitlichem Handeln befugt zu sein oder sich nicht diesbezüglich zweifelsfrei als staatliche Amtsperson legitimiert zu haben. Je Vorgang/Fall:	100.000 € pauschal	1.000.000 € pauschal
28	Ausübung ärztlicher und/oder psychiatrischer Maßnahmen (z.B. Gutachten) gegen den Willen des Herausgebers	150.000 € mindestens	10.000.000 € mindestens
29	Abnahme / Einziehung von Ausweisdokumenten gegen den Willen des Herausgebers (z.B. Reisepässe, Führerscheine, etc.).	50.000 € mindestens	200.000 € mindestens
30	Ablehnung von zweifelsfrei Bevollmächtigten des Herausgebers	100.000 € pauschal, zzgl. Schadensersatz	500.000 € pauschal, zzgl. Schadensersatz
31	Weitergabe von Informationen und Daten auch als Produkt zu einer markenrechtlich geschützten Marke und/oder der Person ohne Vertrag mit dem Eigentümer dieser.	4.000.000 €	4.000.000 €
32	Eindringen in das vom Herausgeber genutzte Fahrzeug, Flugmaschine, Schiff, Boot oder sonstiges Wasserfahrzeug ohne dessen explizite und freie Zustimmung.	50.000 € pauschal	100.000 € pauschal
33	Eindringen auf das vom Herausgeber bewohnte Grund / Flurstück ohne dessen explizite und freie Zustimmung.	50.000 € pauschal	5.000.000 € pauschal
34	Eindringen auf das Territorium des Herausgebers Tätigkeit ohne dessen explizite und freie Zustimmung	150.000 € pauschal	5.000.000 € pauschal
35	Eindringen in die vom Herausgeber bewohnte Wohnung und sonstigen zugehörigen umbauten Raumes ohne dessen explizite und freie Zustimmung	250.000 € pauschal	5.000.000 € pauschal
36	Handanlegen, physische Gewalt (Einzelne Handlungen, Ziehen, Rempeln, Schlagen, Fesseln, Knebeln, Handschellen anlegen, etc. - Handlungsfolgen bestehen aus einzelnen Handlungen) gegen den Herausgeber	75.000 €	1.000.000 €
37	Verhaftung des Herausgebers.	250.000 € pauschal	5.000.000 € pauschal
38	Den Herausgeber in Haft halten, Freiheitsentzug	5.000 € pro Stunde	75.000 € pro Stunde
39	Transfer der Treuhänderschaft für die Person / den lebendigen Menschen mit gleichem Namen wie der Herausgeber oder der Versuch hierzu ohne explizites Benennen dieses Vorganges als solchen	250.000 € pauschal	5.000.000 € pauschal
40	Unter Betreuung stellen des Herausgebers gegen seinen Willen oder das Voraussetzen dieses Willens hierzu	2.500.000 € pauschal	10.000.000 € pauschal
41	Vorbereitung zu Gesprächen und zu Telefonaten, die zur Recherche durch den Herausgeber notwendig sind	400 € pauschal	1.000 € pauschal
42	Ausarbeitung von Schreiben und Suche von Nachweisen sowie Gesetzen durch den Herausgeber, die die Rechtungültigkeit von gegen den Herausgeber gestellten Forderungen/Behauptungen belegen.	2.000 € pauschal	4.000 € pauschal
43	Verwendung markenrechtlich geschützter Namen und Begriffe ohne Vertrag mit dem Eigentümer der Marke.	2.000.000 €	2.000.000 €
44	Entehrungen (gemäß Punkt 17 dieser Allg. Handelsbedingungen)	zehnfacher Schadensersatz – mindestens jedoch pauschal 125.000 €	zehnfacher Schadensersatz – mindestens jedoch pauschal 125.000 €
45	Nichteinhaltung / Nichtwahrnehmung von durch Stellen der Öffentlichkeit anberaumten Termine (gemäß Punkt 11 der Allg. Handelsbedingungen).	Vollständiger Kostenersatz. Zzgl. Vertragsstrafe in Höhe vom fünffachen der entstandenen Kosten, mindestens jedoch pauschal	Vollständiger Kostenersatz. Zzgl. Vertragsstrafe in Höhe vom fünffachen der entstandenen Kosten, mindestens jedoch pschl. 5.000 €

Allgemeine Handelsbedingungen und Gebührenordnung

Diese Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnung der lebendigen Heike, Weib aus der Familie Werding (nach handelsrechtlichem BGB1900) und ihrer Marken gelten für jegliche, handelsrechtliche, kommerzielle Beziehung zwischen dem Herausgeber und dem jeweiligen Anbieter, Vertragspartner, Stelle in der Öffentlichkeit. Diese Allgemeinen Handelsbedingungen mit ihrer Gebührenordnung sind auf dem Stand vom vierten Tag im achten Monat im Jahr zweitausendsechzehn. Alle vorherigen Allgemeinen Handelsbedingungen und Gebührenordnungen verlieren mit Erstellung dieser Ihre Gültigkeit.

Position	Sache / Tatbestand	Je Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe (Agent)	Je Kaufmann (Prinzipal)
		3.000 €	
46	Unvollständige bzw. falsche Benennung der Rechtsgrundlagen, Personen/ Amtsstellung, Ziel/Zweck für anberaumten Termin (gemäß Punkt 11 der Allg. Handelsbedingungen)	Je Fall Pauschal 1.000€	Je Fall Pauschal 5.000€
47	Erscheinen anderer und /oder zusätzlicher Personen/Amtsträger als ursprünglich benannt (gem. Punkt 11 der Allg. Handelsbedingungen) , je Person	Pauschal 1.000€	Pauschal 5.000€